

- Urteil im AfD-Wahlparty-Prozess: 80 Tagessätze
- Teer für Immobilienbüro
- Platte Reifen für die Knastprofiteur_innen von Dussmann, Bosch und Caverion
- Und wieder brennt ein Auto in München

Demobericht, Meinung

BURSCHIS AUS DEM VIERTEL JAGEN!

EIN KOMMENTAR UND HANDLUNGSVORSCHLAG ZUR DEMO GEGEN DIE BURSCHIS VOM LETZTEN WOCHENENDE

Letztes Wochenende, vom 19. bis zum 21. Juli fand in der rechtsradikalen Burschenschaft Danubia ihr alljährlich stattfindendes Stiftungsfest statt. Am Samstag fand diesbezüglich eine antifaschistische Demonstration mit dem Titel „Völkische Verbindungen zerbrechen!“ statt. Das Ziel laut eigenem Aufruf: „Burschis aus dem Viertel jagen!“ Am Ende dieses Aufrufs sind die Ambitionen bereits deutlich geringer: „Vermiesen wir ihnen die Party!“ Leider hatte ich den Eindruck, dass auch dieser Anspruch durch die stattfindende Demo kein bisschen erfüllt wurde. Denn rätselhafterweise hatten die Veranstalter*innen entschieden zu ihrer Demonstration die Bulletten herzubestellen. Die waren dann auch eifrig in großer Anzahl erschienen und überwogen in ihrer Größe bei weitem die der restlichen Demonstration. Entsprechend begleiteten sie die Demonstration im engsten Spalier und hatten um das Haus der Burschenschaft Danubia einen soliden Käfig aufgebaut, und auch für die Endkundgebung der Demonstration war ein Käfig vorbereitet, in den die Demonstrant*innen für die Zeit der Kundgebung gesperrt wurden. Die Bulletten waren auf alles vorbereitet. Die Demonstration hingegen hatte lediglich vor dem Haus der Burschis das Abfeuern einer Konfettikanone parat sowie das Werfen in Kunstblut getränkter Tampons – die aufgrund ihrer Beschaffenheit und vielleicht aus Angst vor dem martialischen Bullettenaufgebot leider nicht weiter flogen als vielleicht einen Meter. Offenbar waren die Ziele der Demonstration auch nicht höher gesteckt: „Es gilt [...] zu zeigen was wir von ihnen halten!“ Das laute Skandieren von Parolen sollte dem wohl genüge tun. Aber „Burschis aus dem Viertel jagen“? Burschis „die Party vermiesen“? Ich konnte leider überhaupt nicht erkennen, inwiefern es überhaupt Pläne gab, um dies tatsächlich hinzubekommen. Beim Anblick der Demonstration habe ich mich laufend gefragt: Warum um alles in der Welt bestellt mensch die Bulletten her? Denn wer eine Demonstration anzeigt, insbesondere eine mit solch einem Titel, die*der kann damit rechnen, dass die Bulletten mit solch einem Aufgebot anrücken werden. Und selbst wenn es nicht so viele sind, werden immer welche da sein. Warum gibt mensch freiwillig an, welche Strecke mensch gehen will, wann und mit wie vielen und wer diese Demonstration veranstalten will? Damit beraubt sich mensch bereits den Möglichkeiten frei und selbstbestimmt eine Demonstration zu machen, mensch macht sie vom Staat vorherseh-, kontrollier- und befriedbar (sei es auch nur, weil die Bullettenpräsenz einschüchternd wirkt). Insbesondere wenn das Ziel ist Burschis aus dem Viertel zu jagen und ihnen ihre Party zu vermiesen, ist ja wohl eine angemeldete Demonstration so ziemlich das letzte Mittel, um solch ein Ziel zu erreichen. Mir scheint, dass das Durchführen einer angezeigten Demo für viele das einzige (tagsüber ausführbare und kollektive) Handlungsmittel zu sein scheint. Dabei scheinen mir allerdings Strategiefra-

gen teilweise gar nicht mehr gestellt zu werden: Was ist unser Ziel? Mit welchem Mittel können wir dieses Ziel bestmöglich erreichen? Was trauen wir uns (zu)? Häufig verkommt damit das Durchführen einer angezeigten Demonstration zum langweiligen Ritual ohne Sinn und Ziel.

Betrachten wir uns die Ziele der Organisator*innen: „Burschis aus dem Viertel jagen [...] Vermiesen wir ihnen die Party.“ Für diese beiden Ziele scheint mir eine angezeigte Demo, die Konfettikanonen abfeuert und Tampons einen Meter weit wirft, nicht geeignet. Wäre es absehbar gewesen, dass die Demo groß genug wird, hätte mensch auch trotz Bullettenpräsenz planen können, das Haus der Danubien aus der Demo heraus militant anzugreifen, beispielsweise mithilfe von Steinen oder Farbbomben. Jedoch war absehbar, dass die Demonstration eher klein ausfallen und die Polizeipräsenz massiv sein würde. Damit fällt die Option, die Massen einer angezeigten Demonstration als Deckung zu nutzen, um Angriffe aus ihr heraus auszuführen, weg. Auch der Ort – die Straße, die an dem Danubienhaus vorbeiführt – war nicht geeignet, um trotz Bulettenpräsenz eine unkontrollierbare Situation zu schaffen. Wird eine Demonstration absehbar zu klein, um gegen die Anwesenheit von Bulletten anzukommen, so sollte mensch also dafür sorgen, dass diese nicht zugegen sind. Sowieso ist vieles viel einfacher, wenn Bulletten nicht in der Nähe sind. Anstatt sich also heroisch in einen sinnlosen Kampf mit den Schweinen zu stürzen und zu meinen, dass es toll ist sich vollkommen absehbar und dämlich „für die Sache“ zu opfern oder sich aber in ihrer Anwesenheit nichts Militantes zu trauen (aus guten Gründen), scheint es doch sinnvoller diese nicht extra herzubestellen und diese militanten Dinge zu tun, wenn sie gerade nicht hinschauen. Der Schluss, der daraus gezogen werden kann, ist, dass mensch die geplante Demo einfach nicht anzeigen sollte. Argument für viele eine Demo anzuzeigen ist, dass die Mobilisierung einfacher zu gestalten ist. Ja, das stimmt, jedoch ist es sehr gut möglich auch ohne öffentlich dafür zu mobilisieren. Mensch kann Freund*innen einladen, die wiederum Freund*innen einladen, die wiederum Freund*innen einladen usw. Mensch kann kleine Handzettel auf Partys und Veranstaltungen verteilen, es können bereits existierende Netzwerke angezapft werden. Je nachdem was mensch vorhat, sollte mensch dabei unterschiedliche Sicherheitsvorkehrungen treffen. Dabei ist es in Deutschland noch nicht einmal strafbar sich unangezeigt zu versammeln, insbesondere wenn sich niemand als Veranstalter*in und als Versammlungsleiter*in ausmachen lässt. Einige trauen sich vielleicht nicht, weil es bereits vorkam, dass es nach einer Teilnahme an einer wilden Demo zu Hausdurchsuchungen kam. Jedoch ist so etwas auch nur möglich, wenn eine solche wilde Demo die absolute Ausnahme ist. Wäre sie die Regel kämen Bulletten mit den Durchsuchungen nicht hinterher. Sinn daran, so hart gegen Menschen vorzugehen, die an einer wilden Demo teilnehmen, ist sie mit besonders harter Repression zu überziehen, damit solche Demos nicht zur Regel werden,

damit alle zu eingeschüchtert sind. Denn der Staat hat natürlich ein Interesse daran Menschen daran zu hindern sich ohne sein Wissen und damit ohne seine Supervision zu versammeln. Denn dann könnten sie ja auf dumme Ideen kommen.

Nun ist natürlich eine andere Strategiefrage, ob mensch die Danubia gerade dann angreifen sollte, wenn maximal viele Burschis dort versammelt sind. Jedoch ließe ein überraschender, vermummter, kurzer Angriff, bei dem mensch sich schnell wieder zurückzieht, den Burschis kaum die Möglichkeit zu reagieren. Wenn das Menschen zu heikel ist, können sie sonst auch auf die altbewährte Methode zurückgreifen: nachts angreifen, wenn alle schlafen. Immerhin hat es im Vorfeld zu dem Stiftungsfest einen Angriff auf das Haus gegeben: Anfang Juli zertrümmerten Personen im Vorgarten Lampen und Bumentöpfe (Vgl. Zündlumpen Nr. 20). Für nächstes Jahr ist das sicherlich ausbaufähig. Außerdem kann mensch natürlich auch das ganze Jahr über Angriffe auf die Burschis verüben.

Bezüglich Demonstrationen im Allgemeinen – unabhängig davon, ob gegen Burschis oder gegen irgendeine andere Kackscheiße bzw. für irgendetwas – hätte ich einen Vorschlag: Lasst uns mehr Demonstrationen nicht anzeigen. Lasst uns uns wild versammeln, um uns die Straßen zu nehmen und unsere Wut auszudrücken, ganz wie wir es wollen. Lassen wir uns nicht von vornherein zähmen. Lasst uns ganz offen zu nicht angezeigten Versammlungen mobilisieren: ohne Ansprechpersonen, ohne Versammlungsleiter*innen, ohne Veranstalter*innen, mit falschen V.i.S.d.P.s. Dadurch bekommt eine Demonstration auch eher den Charakter von Individuen, die sich zusammenfinden, um gegen oder für etwas zu demonstrieren, anstatt dass diese zu einem Happening wird, das ich als Konsument*in besuchen gehe und von der

TERMINE UND VERANSTALTUNGEN VOM 27.07. BIS 04.08.

Fr., 26.07. Anarchafeminismus? - Workshop (kAoS)

17 Uhr Kochen // 18 Uhr Essen // 19 Uhr Workshop // Ligsalzstraße 8

Sa., 27.07. Solidaritätsabend mit von Repression und Knast betroffenen Rebell*innen

20 Uhr // Frevel // Zenettistraße 27

Do., 01.08. Offener Mittagstopp der Soliküche München

13 bis 14 Uhr // Ligsalzstraße 8

Öffnungszeiten der anarchistischen Bibliothek Frevel

Di. 17 - 21 Uhr
Sa. 15 - 19 Uhr
Zenettistraße 27 (Hinterhof)

ich mir ein möglichst unterhaltsames Programm erwarte. Hüten wir uns vor Gewohnheit und Ritualen. Lassen wir uns nicht bändigen, bleiben wir unkontrollierbar und unvorhersehbar. Nur so können wir zu einer echten Gefahr für den Staat, für Burschis und sonstige Herrschaftsfanatiker*innen werden.

GRAFFITO DER WOCHE



Repression

URTEIL IM AFD-WAHLPARTY-PROZESS: 80 TAGESSÄTZE

Im Prozess gegen einen Antifaschisten, dem vorgeworfen wurde, 2016 verumumt an einer nicht angemeldeten Demonstration gegen eine Wahlparty der AfD teilgenommen zu haben, fiel heute (26.07.2019) das Urteil: Richterin Firoozi verurteilte den Antifaschisten zu einer Geldstrafe von 80 Tagessätzen. Staatsanwältin Ott hatte eine Strafe von 90 Tagessätzen gefordert.

Der Angeklagte verzichtete darauf, für irgendetwas zu plädieren und verließ stattdessen eine kurze Kritik am hiesigen Justizsystem, in der er Richterin Firoozi aufforderte, nach Hause zu gehen, ihren Job zu kündigen, alle Akten, die sich auf ihrem Schreibtisch stapeln zu verbrennen und sich somit der ihr vom Staat zugewiesenen Position zu verweigern.

Das vollständige Statement des Angeklagten:

In den letzten Stunden haben wir zahlreiche Theorien, Hirngespinnste und Mutmaßungen der Cops gehört. Das war zum Teil belustigend, zum Teil sterbenslangweilig. Ich für meinen Teil halte das Gesagte ohnehin für irrelevant, denn ich interessiere mich wenig dafür, ob es in den Augen des Gerichtes gelungen ist, mir eine strafbare Handlung nachzuweisen oder nicht. Letztlich bleibt das Ergebnis nämlich das gleiche: Ich werde hier aller Wahrscheinlichkeit nach verurteilt werden. Dabei gibt es weder ein faires noch ein gerechtes Urteil. Jedes Urteil ist Teil eines repressiven Staatsapparates und dient dazu, diejenigen Menschen, die von einer bestimmten Norm abweichen mit Gewalt zurück in diese Normen zu pressen.

In diesem Fall ist das vielleicht relativ offensichtlich: Antifaschistisches Engagement und das völlig berechtigte Interesse dabei weder von den Scherg*innen des Staates, noch von erwiesenermaßen militanten Neonazis erkannt zu werden, werden durch das Gesetz und die Scherg*innen, die es durchsetzen, kriminalisiert. In anderen Fällen teilen sich die Meinungen vielleicht stärker. Ich jedoch sehe keinen Unterschied darin, ob ich nun für einen Banküberfall, ein Körperverletzungsdelikt oder eben weil ich mir ein Stück Stoff vors Gesicht gebunden haben soll, verurteilt werde. Letztlich dient das gesamte Strafrecht dazu, die Gesellschaft im Sinne der Mehrheitsgesellschaft, deren Interessen der Staat vertritt, zu reglementieren, subversive Elemente und all diejenigen, die aufgrund irgendwelcher Zuschreibungen oder tatsächlichen Eigenschaften bewusst marginalisiert werden sollen, zu unterdrücken. Diese Tatsache halte ich für so offensichtlich, dass ich eigentlich keine Lust verspüre, diese hier weiter auszuführen. Wer mir nicht glaubt wird jedoch bei den diversen abolitionistischen Schriften, im Dialog mit den Betroffenen Gruppen oder beim Blick in die Gefängnisse, auf die Arbeit von Cops und Justiz und überall sonst, wo Menschen durch Institutionen gegängelt werden, fündig.

Ich jedenfalls sehe keinen Sinn darin, mich dem Gericht hier durch irgendein arschkriecherisches Plädoyer, eine ohnehin erlogene Reuebekundung oder eine Distanzierung anzubiedern, nur um der Aussicht auf eine mildere Strafe willen. Wer auch immer sich zur*zum Richter*in über einen anderen Menschen erhebt, die*der macht sich in meinen Augen zu einem Instru-

ment des Staates und der darin herrschenden Ideologie. Dafür habe ich nur größtmögliche Verachtung übrig. Auch wenn Richter*innen sich gerne hinter dem Gesetz verstecken, haben sie in meinen Augen doch die volle Verantwortung für ihre Taten zu tragen, denn egal welche Fehlentscheidungen ein Mensch im Verlaufe seines Lebens getroffen hat – etwa Jura zu studieren, für den Staat zu arbeiten, usw. – so hat doch jeder Mensch in einer solchen Position zu jedem Zeitpunkt auch die Möglichkeit nicht mehr mitzuspielen, sich dem Ganzen zu verweigern und auszubrechen aus den beengenden und autoritären Normen dieser Gesellschaft.

In diesem Sinne erwarte ich von Ihnen als Richterin nichts weiter, als dass Sie die nötige Verantwortung für ihre Handlungen übernehmen. Welches Urteil Sie auch sprechen, egal ob sie mich für schuldig befinden, egal ob sie mich in ein Gefängnis sperren oder mir eine Geldstrafe auferlegen wollen, ja selbst wenn sie mich freisprechen: Es wäre autoritär. Deshalb kann ich Ihnen nur empfehlen, sich Ihrer Rolle als Dienerin dieses repressiven Scheißstaats zu verweigern. Gehen Sie nach Hause, kündigen sie Ihren Job, verbrennen Sie all die Akten, die sich auf Ihrem Schreibtisch angesammelt haben, leisten Sie Widerstand gegen die autoritären Zumutungen dieses Staates und dieser Gesellschaft. Nur dann können Sie für sich in Anspruch nehmen, nicht Teil des Ganzen zu sein.

TEER FUER IMMOBILIENBUERO

Von Montag, den 22.07. auf Dienstag, den 23.07, wurde im Stadtteil Milbertshofen ein Immobilienbüro in der Keferloherstraße mit einer Ladung Teer heimgesucht.

Unbekannte warfen mit Teer gefüllte Christbaumkugeln gegen die Fassade des Gebäudes und richteten so einen mehrere tausend Euro großen Schaden an.

PLATTE REIFEN FUER DIE KNASTPROFITEUR_INNEN VON DUSSMANN, BOSCH UND CAVERION

Wir haben eine riesen Wut im Bauch! In dieser Welt der Herrschaft werden immer mehr Menschen und Gefährten innen mit Repression überzogen und eingesperrt. Wir fühlen uns denen nahe, die versuchen die Feinde der Freiheit anzugreifen. Denen, die sich selbstorganisieren und die Macht angreifen ohne sich auf Verhandlungen einzulassen. Als kleines Zeichen des Kampfes gegen die Knastgesellschaft haben wir Autos von folgenden Firmen die Reifen platt gestochen: Dussmann, die direkt von Gefängnissen profitieren. Bosch, die Sicherheits- und Grenztechnologie herstellen. Caverion, die sich an dem Bau von Gerichten und AKWs beteiligen. Auf dass diese Firmen und andere Profiteure von Knästen noch viele weitere Angriffe abkriegen!

UND WIEDER BRENNT EIN AUTO IN MUENCHEN

Der Sommer in München verspricht heiß zu werden, da entzündet sich schon einmal der ein oder andere Spritfresser. So zum Beispiel in der Nacht auf Montag, den 22. Juli 2019. Gegen halb drei Uhr nachts ist da in Neuperlach ein Auto ausgebrannt. Durch die starke Hitzeentwicklung wurde ein weiteres, vor dem vermutlich in Brand gesteckten Auto geparktes Fahrzeug ebenfalls beschädigt.

Der Gesamtschaden wird von den Bull*innen auf mehrere zehntausende Euro geschätzt.

Schickt eure eigenen Beiträge, Leser*innenbriefe, Termine und Entdeckungen an zuendklumpen@riseup.net

NACHRICHTEN AUS ALLER WELT

[Berlin] ASW Bürogebäude angegriffen

In der Nacht vom 16. zum 17. Juli wurde das Bürogebäude der Aachener Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (ASW) in Berlin-Wedding von einer FLINT-Aktionsgruppe erneut angegriffen. Die ASW hatte ein nach 8 Jahren Leerstand besetztes Haus in der Großbeerenstraße 17a räumen lassen. Damit protestierten die Angreifer*innen dagegen, dass insbesondere auch Freiräume vom sexistischen Normalzustand bedroht seien, wie das anarcho-queerfeministische Hausprojekt Liebig34, das von Räumung bedroht ist. Die Angreifer*innen sehen „keine andere Lösung, als den militanten, feministischen Widerstand.“

[Berlin] Razzia in der Liebig 34

Am vergangenen Samstag wurde in den frühen Morgenstunden das anarcho-queerfeministische und räumungsbedrohte Hausprojekt Liebig 34 in Berlin gerazzt. Weil die im Viertel patrouillierenden Bull*innenschweine immer wieder aus der Liebig 34 heraus mit Steinen vertrieben wurden, stürmten sie mit einem Großaufgebot gegen 06:30 Uhr das Gebäude, durchsuchten drei Räume und den Dachboden und fertigten Skizzen vom Haus. Gegenangriffe ließen nicht lange auf sich warten und so wurden Cops mit Feuerwerk beschossen und ein Bull*innenwagen bekam einen neuen, gelben Anstrich. In der Rigaerstraße brannte eine Barrikade.

[Berlin] Angriff auf Dr. House

Mit Farbe, Hammer und Feuerlöscher wurde in Berlin in der Nacht auf Mittwoch, den 24. Juli das Büro der

„Dr. House Solutions Service GmbH“ von einer FLTI*-Gruppe angegriffen. Die Angreifer*innen erklärten sich unter anderem solidarisch mit der Liebig 34, die zuvor Opfer einer Razzia wurde.

[Berlin] Steinlieferung im Büro von Pandion abgegeben

In der Nacht auf Donnerstag, den 25. Juli lieferte ein namensloses Zerstörungsteam eine Fuhre Steine an die Investorfirma „Pandion 4 Living“ aus. Weil auf's erste anklopfen gerade keine*r öffnete, beförderten die Lieferrant*innen die Steine kurzerhand durch die Glasscheibe ins Ladeninnere und hinterließen einen Zustellungshinweis an der Fassade.

Die Zusteller*innen erklärten sich solidarisch mit der Liebig 34, sowie den 3 Gefährten*innen von der Parkbank, von denen derzeit zwei in Hamburg in Untersuchungshaft sind.

[Wuppertal] Vonovia-Lieferwagen abgefackelt

In Solidarität mit der Liebig 34 und den Drei von der Parkbank wurde in Wuppertal ein Lieferwagen von Vonovia abgefackelt

[Berlin] Flammende Grüße an die Drei von der Parkbank

In der Nacht auf den 25. Juli brannten einige Angreifer*innen in Solidarität mit den Dreien von der Parkbank ein Auto der Telekom ab.

[Salzburg] Blockaden gegen den 1000-Kreuz-Marsch

In Salzburg fand am Donnerstag, den

25. Juli der alljährlich durch eine Münchner Fundi-Gruppe mit organisierte sogenannte „1000-Kreuz-Marsch“, ein Gebetsmarsch gegen Schwangerschaftsabbrüche, statt. Die Fundis kamen jedoch nur einige Meter weit, ehe die erste Blockade sie stoppte, woraufhin sie gezwungen waren eine andere Richtung als geplant einzuschlagen. Rituellicher Höhepunkt dieser Märsche ist üblicherweise das Werfen von Rosen in den Fluss, doch musste dieses Ritual dieses Jahr aufgrund zahlreicher Störungen und Blockadeversuche sowie aufgrund der extrem hohen Temperaturen über 30° C ausfallen. Leider wurden einige Personen festgenommen, jedoch nach einigen Stunden wieder freigelassen.

[Florenz] Haftstrafen für Angeklagte der „Operation Panico“

Die Anarchist*innen, die im Zuge der „Operation Panico“ angeklagt wurden, wurden letzte Woche in Florenz in erster Instanz verurteilt. Die „Operation Panico“ startete 2017, als vor einer faschistischen Buchhandlung ein Sprengsatz gefunden wurde. Beim Versuch diesen zu entschärfen, verletzte sich ein Bombenentschärfungsbulle schwer. Insgesamt 28 Anarchist*innen wurden im Zuge dieser Operation angeklagt. Die drei Anarchist*innen, denen der Sprengsatzanschlag zur Last gelegt wird, wurden zu 9 bis 10 Jahren Knast verurteilt. Die anderen, angeklagt wegen unterschiedlichster Vorwürfe erhielten ebenfalls Haftstrafen, von einem Monat bis zu sechs Jahren. Weitere Informationen sollen in den kommenden Tagen folgen.